

STELLUNGNAHME

zur Konsultation des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung für die Entwicklung der nationalen Rechenzentrumsstrategie – Impulse und Anregungen

Berlin, 19. September 2025

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vertritt 1.592 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 309.000 Beschäftigten wurden 2022 Umsatzerlöse von 194 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 17 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 66 Prozent, Gas 65 Prozent, Wärme 91 Prozent, Trinkwasser 88 Prozent, Abwasser 40 Prozent. Die kommunale Abfallwirtschaft entsorgt jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und hat seit 1990 rund 78 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart – damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 220 Unternehmen investieren pro Jahr über 912 Millionen Euro. Künftig wollen 90 Prozent der kommunalen Unternehmen den Mobilfunkunternehmen Anschlüsse für Antennen an ihr Glasfasernetz anbieten.

[Zahlen Daten Fakten 2024](#)

Wir halten Deutschland am Laufen – denn nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort passiert: Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: <https://www.vku.de/vku-positionen/>

Interessenvertretung:

Der VKU ist registrierter Interessenvertreter und wird im Lobbyregister des Bundes unter der Registernummer: R000098 geführt. Der VKU betreibt Interessenvertretung auf der Grundlage des „Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes“.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0 · info@vku.de · www.vku.de

Der VKU ist mit einer Veröffentlichung seiner Stellungnahme (im Internet) einschließlich der personenbezogenen Daten einverstanden.

Der VKU bedankt sich für die Möglichkeit, Impulse und Anregungen für die Entwicklung der nationalen Rechenzentrumsstrategie des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung geben zu können.

Bedeutung des Vorhabens für kommunale Unternehmen

Zu einer modernen digitalen Infrastruktur gehören auch leistungsfähige Rechenzentren, um große Datenmengen verarbeiten zu können. Rechenzentren (RZ) sind die Lebensader der Digitalisierung und Grundlage schneller und sicherer Datenbereitstellung. Kommunale Rechenzentren bieten Vertrauen, Sicherheit und Souveränität, denn die Daten bleiben vor Ort. Kommunen und kommunale Unternehmen stehen bereit, in die Errichtung und den Betrieb von Rechenzentren zu investieren.

Positionen des VKU in Kürze

- › **Genehmigungen beschleunigen:** Rechenzentren müssen im globalen Wettbewerb schneller genehmigt werden können, um Investitionen zu sichern.
- › **Infrastruktur früh planen:** Strom-, Glasfaser- und Abwärmepotenziale müssen bei Standortwahl und Netzplanung von Anfang an berücksichtigt werden.
- › **Kleine Betreiber schützen:** Kommunale RZ-Betreiber sollen vor unverhältnismäßigen Energieeffizienzaufgaben und Kostenrisiken geschützt, das EnEfG mit Blick auf Bestandsrechenzentren überarbeitet werden.
- › **Abwärme nutzen:** Kommunale Unternehmen sind prädestiniert für klimafreundliche Lösungen, Abwärme aus Rechenzentren wirtschaftlich in Wärmenetze einzubinden.
- › **Investitionssicherheit schaffen:** Staatliche Förderinstrumente, Fonds oder Bürgschaften helfen, große Infrastrukturprojekte abzusichern und Innovation zu ermöglichen.
- › **Transparenz & Standards:** Einheitliche Kennzahlen für Energieeffizienz, Reporting und IT-Sicherheit stärken Resilienz und digitale Souveränität.
- › **Dezentrale, nachhaltige Standorte:** Vorrangflächen in der Nähe von Umspannwerken und Wärmesenken steigern Resilienz, Energieeffizienz und regionale Wertschöpfung.
- › **Kooperation & Kompetenzaufbau:** Partnerschaften zwischen Energie- und IT-Wirtschaft fördern Innovation, Flexibilität und Best-Practice-Transfer.
- › **Keine Beschränkung kommunaler Investitionen** in Rechenzentren durch kommunalrechtliche Vorgaben in den Bundesländern.

Stellungnahme

Zu Leitfrage 1: Welche Merkmale und Rahmenbedingungen kennzeichnen aus Ihrer Sicht einen „zukunftsfähigen und leistungsstarken“ Rechenzentrumsstandort Deutschland im Jahr 2030?

Ein zukunftsfähiger Rechenzentrumsstandort in Deutschland im Jahr 2030 muss mehr leisten als reine technologische Spitzenleistung. Entscheidend sind **dezentral verfügbare Infrastruktur, nachhaltige Energie- und Ressourcennutzung** sowie **Datensouveränität**, die sowohl Investitionssicherheit als auch Resilienz und Innovationsfähigkeit gewährleistet. Rechenzentren sollten dabei nicht nur der Datenverarbeitung dienen, sondern auch aktiv in die Wärmeinfrastruktur integriert werden, um die Wärmewende zu unterstützen und Versorgungssicherheit zu stärken.

Leitbild 2030:

- **Dezentrale Struktur:** Rechenzentren dort, wo erneuerbare Energien verfügbar sind, um Transportverluste zu vermeiden.
- **Resilienz:** Netzfremdlich, sicherheitsorientiert, anschlussfähig – Grundlage für Digitalisierung und Energiewende.
- **Doppelfunktion:** Rechenzentren nicht nur als Daten-, sondern auch als Bausteine der Wärmeinfrastruktur begreifen.

2. Zentrale Standortmerkmale

- **Datensouveränität:** Verarbeitung und Speicherung von Daten in Deutschland/Europa zur Stärkung der digitalen Selbstbestimmung.
- **Nachhaltigkeit:** Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien, Integration in die Wärmewende (z. B. Abwärmenutzung).
- Etablierung zentraler **Rahmenverträge** mit europäischen Herstellern zur Stärkung von Versorgungssicherheit und technologischer Souveränität.

3. Aktuelle Entwicklungen

- **Energiebedarf** steigt stark (2015: 12 Mrd. kWh → 2024: 20 Mrd. kWh → 2030: ca. 30 Mrd. kWh).
- **CO₂-Emissionen** sinken dank höherem Ökostromanteil (–20 % zwischen 2022 und 2024).
- Zwei Drittel der Rechenzentren nutzen bilanziell bereits 100 % **Ökostrom**.

4. Politisch-Regulatorische Handlungspunkte

- **Netze:** Planungssichere, schnelle Strom- und Glasfaseranschlüsse mit verbindlichen Fristen; aktive Teilnahme an Flexibilitäts- und Kapazitätsmärkten.
- **Energie & Klima:** Pflicht zur Wärmerückgewinnung, Förderung von Flüssig-/Heißwasserkühlung, Circular-IT-Ansätze (Refurbish/Reuse).

- **Flächen & Genehmigungen:** Vorrangzonen in der Nähe von Umspannwerken/Wärmenetzen; einheitliche, schnelle Genehmigungsverfahren (<12 Monate).
- **Sicherheit & Resilienz:** Umsetzung von NIS2/KRITIS, georedundante Availability-Zonen, robuste Lieferketten.
- **Pilotprogramme** für wassergekühlte Hochleistungsrechenzentren fördern, um Standardisierung und Marktdurchdringung innovativer Kühltechnologien zu beschleunigen.

5. Infrastruktur und Zukunftsbedingungen

- Verfügbarkeit geeigneter Flächen und marktgerechter Energiepreise.
- Flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur, faire Nutzungskonditionen im europäischen Vergleich.
- Förderung von Innovation (Edge, Cloud, KI-Rechenzentren) durch vernetzte und skalierbare Strukturen.
- Verlässliche staatliche Unterstützung bei der Einführung innovativer Technologien, um den Rollout zu beschleunigen.
- Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Betriebskosten im internationalen Vergleich sichern.

Zu Leitfrage 2. Welche zentralen Herausforderungen und Chancen sehen Sie für den Rechenzentrumsstandort Deutschland in den kommenden Jahren?

Für den Rechenzentrumsstandort Deutschland zeichnen sich in den kommenden Jahren sowohl **erhebliche Herausforderungen** als auch **vielversprechende Chancen** ab. Engpässe in Infrastruktur, regulatorische Komplexität und Konzentration der Nachfrage auf bestehende Cluster erschweren Investitionen und dezentrale Entwicklung. Gleichzeitig eröffnen Regionalisierung, Abwärmenutzung, Integration in die Energiewende und die Stärkung von Datensouveränität sowie innovative Technologien und europäische Förderinstrumente zahlreiche Möglichkeiten, die Resilienz, Effizienz und Innovationskraft der deutschen Rechenzentrumslandschaft zu steigern.

Herausforderungen

- **Infrastrukturengpässe:** Mangel an geeigneten Flächen, Netzanschlüssen (Strom/Glasfaser) und lange Genehmigungsverfahren bremsen Investitionen außerhalb etablierter Cluster.
- **Fragmentierte Steuerung:** Zuständigkeiten für Energie, Raumplanung und Digitalisierung sind auf Bund, Länder, Kommunen und Netzbetreiber verteilt; fehlende Koordination erschwert die Entwicklung.

- **Regulatorische Komplexität:** Vielzahl an teils widersprüchlichen Vorgaben (Energieeffizienzgesetz, CSRD, BSI, Beihilferecht) erhöht Kosten und senkt Planungssicherheit.
- **Nachfragekonzentration:** Kunden konzentrieren sich weiter auf Clusterregionen, obwohl dezentrale Standorte für Resilienz und Nachhaltigkeit wichtig wären.
- **Genehmigungs- & Anschlusszeiten:** Langwierige Verfahren verzögern die Realisierung von Projekten erheblich.
- **Abwärmenutzung:** Kooperation zwischen Rechenzentren, Kommunen und Wärmever sorgern ist komplex; bislang geringe Nutzung.
- **Nutzungskonflikte** zwischen Flächen- und Strombedarf einerseits und Abwärmenutzung andererseits führen dazu, dass meist nur Leuchtturmprojekte umgesetzt werden; Hemmnisse aus dem EnEffG erschweren die großflächige Integration.
- **Externe Risiken:** Dominanz internationaler Hyperscaler (z. B. Cloud Act), Lieferkettenabhängigkeit, Fachkräftemangel in IT- und Kühltechnik.
- **Steigende Leistungsaufnahme** von Servern durch KI-Anwendungen überfordert teilweise die Dimensionierung der Rechenzentren; langsame Standardisierung erschwert eine effiziente Planung und Umsetzung.
- **Akzeptanzfragen:** Flächen- und Wasserbedarf, Emissionen und Lärm können Widerstände in der Bevölkerung erzeugen.

Chancen

- **Regionalisierung & Resilienz:** Dezentral verteilte Rechenzentren stärken die Sicherheit, Ausfallsicherheit und Netzdienlichkeit der Infrastruktur.
- **Integrierte Standortentwicklung:** Kombination von RZ mit Speicherlösungen, La- deinfrastruktur oder Abwärmenutzung steigert Effizienz und schafft Synergien für die Energiewende.
- **Wärmewende:** RZ-Abwärme kann als kostengünstige, skalierbare Quelle für die Dekarbonisierung städtischer Wärmenetze dienen – mit passender Planung und Koordination.
- **Neue Zielgruppen:** Mittelstand, Kommunen und öffentliche Verwaltung profitieren von regionalen RZ-Lösungen (Housing, Cloud, Managed Services).
- **Datensouveränität:** Verarbeitung in Deutschland/Europa stärkt Vertrauen und Unabhängigkeit von außereuropäischen Anbietern. Der Betrieb von Clouds in Deutschland stärkt die wirtschaftliche Resilienz und die strategische Unabhängigkeit gegenüber internationalen Anbietern.
- **Innovation & Wettbewerbsfähigkeit:** Förderung von Green-IT, OCP-konformer Hardware, Flüssigkühlung und KI-RZ kann Deutschland in eine technologische Führungsrolle im europäischen Raum bringen.
Optimierung der Packungsdichte von Servern und Hardware erhöht die Flächen- und Energieeffizienz der Rechenzentren.

- **Netzdienstleistungen:** Rechenzentren können als flexible Großverbraucher das Energiesystem stabilisieren (Lastverschiebung, Demand Response).
- **Europäische Hebel:** Harmonisierung durch EU-Regelwerke und Förderinstrumente (z. B. ETS-II, KSF-Mittel) unterstützt Investitionen.
- **Attraktivität des Standorts:** Mit konsequenter Green-IT-Strategie kann Deutschland sich als nachhaltiger, zukunftsorientierter Standort positionieren.

Zu Leitfrage 3. Welche Rahmenbedingungen sollten aus Ihrer Sicht wie verändert werden, um Rechenzentrumsinvestitionen zu fördern und Innovation zu ermöglichen?

Um Rechenzentrumsinvestitionen zu fördern und gleichzeitig Innovation zu ermöglichen, sind **verlässliche, praxisnahe und dezentrale Rahmenbedingungen** erforderlich. Entscheidend sind Investitionsschutz, Planungssicherheit, innovationsfreundliche Nachhaltigkeitsregulierung und eine koordinierte Governance.

Klarstellung der Zulässigkeit der Errichtung und des Betriebs von Rechenzentren durch Kommunen

- Die Vorgaben der einzelnen Bundesländer für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen betreffen auch die Errichtung und den Betrieb von Rechenzentren.
- Dass die Errichtung und der Betrieb von Rechenzentren durch Kommunen und kommunale Unternehmen grundsätzlich zulässig ist, sollte zur Herstellung von Rechts- und Investitionssicherheit allgemein festgestellt werden.
- Letzteres ist Aufgabe der Bundesländer. Eine unterstützende Äußerung der Bundesregierung wäre aber hilfreich.

Absicherung und Investitionsschutz

- Einführung eines staatlichen Fonds oder Bürgschaften zur Absicherung von Abwärmeprojekten und Wärmenetzen.
- Anpassung des EnEFG: Alt-Rechenzentren sollten nicht durch zu strenge PUE-Vorgaben zur Schließung gezwungen werden, wenn sie bereits erneuerbare Energien nutzen.

Planungssicherheit und Flächenverfügbarkeit

- Frühzeitige Bereitstellung von Flächen- und Kapazitätskarten (Strom, Glasfaser).
- Vorrangflächen für Rechenzentren analog zur Windenergie.
- Standardisierte, gestufte Netzanschlussverfahren mit verbindlichen Time-Slots.

Dezentrale Förderung

- Infrastrukturförderung und wirtschaftliche Anreize für dezentrale Standorte.

- Einbindung in kommunale Digitalstrategien und öffentliche IT-Infrastrukturen.
- Regionale Projektbündelung zur Risikostreuung.

Nachhaltigkeitsregulierung innovationsfreundlich ausgestalten

- Wenige, klare und vergleichbare Nachhaltigkeitskennzahlen (z. B. PUE, CO₂-Intensität).
- Bürokratieabbau durch Harmonisierung von EnEFG, CSRD, BSI-Vorgaben.
- Standortanreize für Rechenzentren nahe erneuerbarer Erzeugungskapazitäten.
- Verpflichtende Prüfung von Abwärmenutzungspotenzialen sowie Bereitstellung von ausreichend Platz für Wärmepumpen auf Rechenzentrumsflächen.

Governance und Koordination

- Einrichtung einer ressortübergreifenden Governance-Struktur mit klaren Zuständigkeiten.
- Regionale Entwicklung unterstützen durch Vorrangflächen, abgestimmte Förderkulissen und kommunale Projektkoordination.
- Frühzeitige Einbindung von Kommunen, Wärmenetzbetreibern und Netzbetreibern.

Dekarbonisierte Energieversorgung

- 24/7 Herkunftsnachweise und standardisierte PPAs.
- Steuerliche Gleichstellung von H₂/HVO für Notstrom, Ausbau von Speicher- und Lastverschiebungslösungen.
- Europäische Harmonisierung zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.
- Zusätzliche Stromkapazitäten für den Betrieb von Wärmepumpen bereitstellen, unabhängig vom Rechenzentrumsbetrieb.
- Möglichkeit schaffen, Abwärme kostenfrei an Rechenzentren abzugeben, ohne steuerliche Nachteile für den Lieferanten der Abwärme.

Genehmigung & Planung beschleunigen

- Einrichtung eines bundesweiten One-Stop-Shops mit verbindlichen Fristen (< 12 Monate).
- Rechenzentrums-Sondergebiete in Bauleitplanung.
- Beschleunigter Netzausbau in RZ-Clustern.

Innovation & Kompetenzaufbau

- Förderprogramme für neue Kühltechnologien (Flüssig-/Immersionskühlung, Direct-to-Chip), Speicher und KI-basierte Orchestrierung.
- Wissensaufbau durch Schulungsprogramme zu RZ-/IT-Infrastrukturen und KI.

Zu Leitfrage 4. Welche Rolle sollte der Staat bei der Entwicklung einer souveränen und resilienten Recheninfrastruktur einnehmen?

Der Staat sollte bei der Entwicklung einer souveränen und resilienten Recheninfrastruktur **als strategischer Ermöglicher, Koordinator und Rahmensetzer** auftreten – nicht als Betreiber. Durch klare Regeln, gezielte Förderung, koordinierte Governance und standardisierte Sicherheits- und Nachhaltigkeitsanforderungen kann er eine dezentrale, resiliente und innovationsfähige Rechenzentrumslandschaft ermöglichen, während private und kommunale Akteure die operative Verantwortung übernehmen.

Rahmensetzung für digitale Souveränität

- Klare, verlässliche und konsistente regulatorische Vorgaben schaffen, die digitale Souveränität sichern.
- Umsetzung von BSI-Vorgaben und EU-Regulierungen in nationales Recht gewährleisten.
- Einheitliche Standards für Abwärme, Reporting und IT-Sicherheit definieren.
- Förderung einer nationalen oder europäischen Cloudstrategie, um Abhängigkeiten zu reduzieren und digitale Souveränität zu stärken.

Gezielte Förderung und Investitionsanreize

- Strategische Förderung insbesondere für dezentrale Standorte, die wirtschaftlich allein schwer tragfähig sind.
- Förderinstrumente wie ESG-Boni, öffentliche Nachfragebündelung oder leichter Zugang zu Finanzmitteln einsetzen.
- Unterstützung nachhaltiger Infrastrukturprojekte, z. B. Integration in Wärmenetze, Nutzung erneuerbarer Energien.

Governance und Koordination

- Aufbau ressortübergreifender Governance-Strukturen zwischen Energie-, Digital-, Umwelt-, Innen- und Wirtschaftspolitik.
- Abstimmung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, ohne lokale Eigeninitiative zu blockieren.
- Bündelung von Ländern, Kommunen, Netzbetreibern, Stadtwerken und Betreibern in Wärme-/Flächenallianzen.
- Standardisierte Vertragswerke und klare Zuständigkeiten für Genehmigungen und Förderungen bereitstellen.
- Aufbau und Förderung von Programmen zur Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften für Planung, Bau und Betrieb von Rechenzentren.
-

Infrastruktur und Resilienz sichern

- Bereitstellung geeigneter Flächen mit Anbindung an Strom, Glasfaser und Wärmenetze.
- Flexibilitätspotenziale durch Lastverschiebung und optimale Kühltemperaturen nutzen.
- Innovation bei Back-Up und Notstrom fördern (z. B. Speichertechnologien, H₂), anstelle von Dieselgeneratoren.
- Energieeffizienz transparent machen durch standardisierte Kennzahlen (PUE, CER) und praxisgerechte Benchmarks.
- Gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung energieeffizienter IT- und KI-Rechenzentren zur Steigerung von Effizienz, Resilienz und technologischer Wettbewerbsfähigkeit.

Koordination von Nachhaltigkeit und Autarkie

- Nutzung verschiedener, speicherfähiger Energieträger wie Biogas oder Wasserstoff zur Steigerung der Autarkie.
- Integration in kommunale Wärmeplanung und Nutzung von Abwärme, um regionale Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen.

Zu Leitfrage 5: Gibt es konkrete Maßnahmen oder Best Practices aus Ihrer Praxis/Erfahrung, die in die Strategie aufgenommen werden sollten?

Aus der Praxis zeigen sich konkrete Maßnahmen und Best Practices, die eine effektive, nachhaltige und souveräne Rechenzentrumsentwicklung unterstützen. Entscheidend ist eine **frühzeitige, integrierte Planung**, die Netz-, Flächen- und Nutzeraspekte kombiniert, gekoppelt mit gezielten Förderprogrammen, beschleunigten Genehmigungen und standardisierten Verfahren. Gleichzeitig können Abwärmennutzung, Flexibilitätsmechanismen, Transparenzanforderungen und Kompetenzaufbau die Innovationskraft und Resilienz des Standorts nachhaltig stärken.

Frühzeitige und integrierte Planung

- Koordination zwischen Netzplanung, Flächenentwicklung und potenziellen Nutzern bereits in der Planungsphase.
- Berücksichtigung von Netzanschluss (Strom, Glasfaser) und Abwärmepotenzial bei der Standortwahl.
- Nutzung leistungsstarker Netzpunkte (Umspannanlagen) als bevorzugte Standorte; Neubauten nur bei Bedarf entlang bestehender Leitungen.
- Vorhaltung von Netzanschlusspunkten für Wärmepumpen, die zur Anhebung der Abwärmetemperatur benötigt werden und entsprechend hohe Strommengen erfordern.

Dezentrale und nachhaltige Standortwahl

- Priorisierung von Standorten nahe Fernwärmenetzen oder potenziellen Wärmesenken.
- Bundesweite Karten der Verteilnetzbetreiber (VNB) zur Identifikation geeigneter Flächen.
- RZ-Zonen: vorerschlossene Flächen in der Nähe von 110/380 kV-Knoten mit beschleunigten Umweltprüfungen.

Abwärmenutzung und Förderprogramme

- Pflicht zur Abwärmeabgabe ab bestimmten IT-Lasten (≥ 5 MW) in Anschlussgebieten.
- Standardisierte Offtake-Verträge (PPA) mit Stadtwerken zur langfristigen Absicherung.
- Förderprogramme für Netzanschluss, Plattenwärmetauscher, Flüssigkühlung und Speicherintegration.
- Vorbilder wie Reallabore für Großwärmepumpen zur Erprobung technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Lösungen für RZ-Abwärme.

Genehmigungen und regulatorische Beschleunigung

- One-Stop-Shop-Genehmigungen mit klaren Fristen („Silence-is-Consent“) und digitalen Antragsstrecken.
- Einheitliche Leitfäden und Standards für Umweltprüfung, Sicherheitsanforderungen und Reporting.
- Priorisierung von Rechenzentren als Teil des überragenden öffentlichen Interesses.

Nachhaltigkeit und Transparenz

- 24/7-Grünstrom-Standard für öffentliche Rechenlasten; Förderbonus für private Betreiber bei stündlicher Deckung ≥ 90 %.
- Reporting-Pflichten: stündliches PUE/WUE/CUE, jährliche Audit-Publikationen, Scope-3-Plan für Hardware.
- Steuerliche Anreize (Super-Abschreibung, z. B. 50 %) für Abwärme-Einbindung, Flüssigkühlung, Speicher und Zero-Carbon-Backups.
- Standardisierung von Anschlüssen für Server und Flüssig-/Wasserkühlungsinfrastruktur, um Kompatibilität, Effizienz und Investitionssicherheit zu erhöhen.

Netzdienstleistungen und Flexibilität

- Vereinfachter Zugang zu Regelenergiemärkten (aFRR/mFRR).
- Nutzung von USVs und Speichern zur Bereitstellung von Netzflexibilität.
- Reduzierte Netzentgelte für nachweislich flexible Lasten.

- Einsatz von Software und KI zur Betriebsoptimierung von Rechenzentren, zur Effizienzsteigerung und zur intelligenten Laststeuerung.

Souveränität und Sicherheit

- Vereinfachte Ausschreibungen unter Nutzung europäischer, souveräner Hersteller zur Sicherung von Lieferketten und technischer Unabhängigkeit.
- Souveränitätsanforderungen in Vergaben: EU-Rechtsraum, Kundenschlüssel, In-Country-Ops, C5-Zertifizierung.
- Für kritische Klassen: juristische Kontrolle der Betreiber-Einheit in Deutschland.
- Einführung zentraler Rahmenverträge mit Herstellern und Dienstleistern zur Standardisierung von Beschaffung und Wartung kritischer Infrastruktur.

Kooperation und Kompetenzaufbau

- Strategische Partnerschaften zwischen Energie- und IT-Wirtschaft stärken.
- Kompetenzzentren für Energieeffizienz in Rechenzentren einrichten zur Dokumentation von Best Practices und Bereitstellung von Schulungs- und Beratungsangeboten.
- Austausch energiewirtschaftlicher Geschäftsmodelle, Flexibilitätsmechanismen und innovative IT-Energie-Kopplungen fördern.

Bei Rückfragen oder Anmerkungen steht Ihnen zur Verfügung:

Ulrike Richter
Senior-Fachgebietsleiterin Digitales
Abteilung Zentrale Dienste, Digitales und Personalfragen

Telefon: +49 170 8580174
E-Mail: u.richter@vku.de